

# SPD KV-INTERN

## Liebe Genossinnen und Genossen,

am 5. Juli 2014 haben wir unseren Kreisparteitag in Schafflund durchgeführt. Viele Delegierte der Ortsvereine im Kreisgebiet haben den Kreisvorstand neu gewählt. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei allen bedanken, die für den Kreisvorstand kandidiert haben. Leider konnten nicht alle Kandidatinnen und Kandidaten eine Position besetzen. Ich persönlich möchte mich bei allen Ortsvereinen bedanken, die mich unterstützt haben. Die Positionen und Aufgaben der gewählten Kreisvorstandsmitglieder sowie die Betreuung der Ortsvereine sind auf unserer Homepage hinterlegt.

Der Kreisparteitag hat viele Anträge bear-



beitet und sie kontrovers diskutiert und einige Anträge wurden in geänderter Form abgestimmt. Der Kreisparteitag war für mich ein Zeichen,

dass auf Kreisebene die Partei von unten nach oben funktioniert.

Über den Antrag zur Pflegekammer wurde intensiv gesprochen. Der Kreisparteitag hat den Beschluss gefasst, die Pflegekammer abzulehnen. Nach diesem Beschluss habe ich viele E-Mails von Personen bekommen, die diesen Beschluss des Kreisverbandes nicht nachvollziehen können. Es kamen aber gleichzeitig genauso viele Meldungen, die uns für diese Entscheidung beglückwünscht haben. Die Entscheidung auf dem Kreisparteitag spiegelt die Meinung im Kreis wider.

Die Beschlüsse des Kreisparteitages sind an den Landesverband weitergeleitet worden. Der Antrag zur Pflegekammer wird auf dem Landesparteitag nochmals

diskutiert und wir als Delegierte vom Kreis Schleswig-Flensburg sind an unseren Kreisparteitagsbeschluss gebunden und werden diesen in Lübeck entsprechend vertreten.

Der Kreisvorstand hat Immo Degner zum Mitgliederbeauftragten gewählt. Immo wird sich in der nächsten Zeit intensiv mit der Mitgliederwerbung befassen. Wir haben jetzt zwei Jahre ohne Wahlen vor uns und sollten alle diese Zeit nutzen, etwas für unsere Mitgliederentwicklung zu tun.

Zurzeit mache ich mir viele Gedanken über den Beschluss unseres Bundeskabinetts zur Waffenlieferung an die Kurden. Können wir diesem überhaupt zustimmen? Ich teile die Haltung von Ralf Stegner und bin seiner Auffassung. Am 2. September werden wir uns als Kreisvorstand mit diesem Thema befassen und ggf. einen entsprechenden Antrag auf Ablehnung der Waffenlieferung auf dem Landesparteitag in Lübeck stellen. Mir ist aber auch klar, dass es hier viele unterschiedliche Meinungen zur Waffenlieferung gibt und daher halte ich eine Diskussion im Kreisvorstand als notwendig.

Ich wünsche euch einen schönen und sonnigen Restsommer und einen goldigen Herbst

*Euer Ralf Wrobel*

### Wichtige Termine:

17.09.2014	Delegiertenbesprechung LPT
19.09.2014	Kreistagsfraktion
24.09.2014	Kreistags Sitzung
<b>27.09.2014</b>	<b>LPT in Lübeck</b>
06.10.2014	Kreisvorstandssitzung
31.10.2014	Kreistagsfraktion
04.11.2014	Kreisvorstandssitzung
07.11.2014	Kreistagsfraktion
28.11.2014	Klausurtagung Kreistagsfraktion
29.11.2014	Klausurtagung Kreistagsfraktion
08.12.2014	Kreisvorstand – Weihnachtssitzung
12.12.2014	Kreistagsfraktion
17.12.2014	Kreistags Sitzung

## SPD KV-INTERN

### Ralf Wrobel als Kreisvorsitzender mit 100 % auf dem Kreisparteitag bestätigt

Am 5. Juli 2014 fand der ordentliche Kreisparteitag Schleswig-Flensburg in Schafflund statt, der neben Wahlen auch ein prall gefülltes, inhaltliches Programm zu bewältigen hatte.

Ralf Wrobel erhielt bei seiner Wiederwahl als Kreisvorsitzender das Vertrauen aller anwesenden Delegierten und wurde einstimmig gewählt. Mit diesem phantastischen Ergebnis wurde Ralf Wrobel für sein großes ehrenamtliches Engagement im Kreis Schleswig-Flensburg belohnt.

Im geschäftsführenden Vorstand wurden als 1. stellv. Vorsitzende Birte Pauls, als 2. stellv. Vorsitzender Karsten Stühmer, als Schriftführerin Hanna Hansen und als Kassierer Ingo Obst bei ihrer Wahl bestätigt. Die Besitzerin für Pressearbeit Anne Marxen und der Beisitzer für Internetarbeit Andreas Pauls wurden ebenfalls bestätigt.

Als weitere Beisitzerinnen und Beisitzer wurden Holger Groteguth, Marina Hansen,

Tom Landfester, Rotraud Rasch und Bente Reimer bestätigt. Arne Bockmeyer, Immo Degner und André Hense sind als neue Besitzer in den Kreisvorstand gewählt wurde

Als Gastreferentin behandelte Anette Langner Staatssekretärin im Sozialministerium des Landes S-H, Das Thema „Zukunft jenseits der Ballungszentren“. Anette Langner berichte unter anderem in ihrem Referat, dass das Sozialministerium ein Förderprogramm für Familien mit Kindern im ländlichen Raum auflegen wolle, damit der ländliche Raum nicht ausbluten dürfe. Es sollen 100 Familienzentren in S-H eingerichtet werden. Im ländlichen Raum sollen junge Ärzte gewonnen werde. „Gesundheit ist das größte Gut im Versorgungswesen“, so Anette Langner. Ihre Aussagen zur Bildung einer Pflegekammer in S-H stießen auf regen Diskussionsbedarf bei den Delegierten. Viele äußerten ihren Unmut zu einer Pflichtmitgliedschaft in Kammern. Die junge Tierärztin Kerstin Hansen, Delegierte aus Langballig, berichtete über Nachteile einer Kammer. Sie selbst sei in der Tierärztekammer zwangsorganisiert. Eine Nichtmitgliedschaft in der Kammer könne zur Aberkennung der Approbation führen, so Kerstin Hansen und

weiter „Wir jüngeren Tierärzte finden das Kammersystem schrecklich“.

Grußworte aus den benachbarten Kreisvorständen richteten Carsten-F. Sörensen (Nordfriesland) und MdB Sönke Rix (Rendsburg-Eckernförde).



# SPD KV-INTERN

---

Ralf Wrobel bedankte sich in seinem Rechenschaftsbericht für die Unterstützung der vielen Ortsvereine bei der Kommunalwahl und Bundestagswahl im Jahr 2013 und bei der Europawahl im Jahr 2014. Einen ausdrücklichen Dank richtete der Kreisvorsitzende im Auftrag des Kreisverbandes an Dirk Peddinghaus, der einen sehr engagierten Bundestagswahlkampf im Wahlkreis 1 absolviert hat. Leider wurde dieser große Einsatz bei der Bundestagswahl nicht belohnt. Ralf Wrobel bemängelte den schlecht platzierten Listenplatz von Dirk Peddinghaus auf der Landesliste.

Ingo Degner hielt einen Rechenschaftsbericht der Kreistagsfraktion mit den Schwerpunktthemen Optionskreis, Rettungswesen, FAG, und Situation in der NOSPA.

In der Aussprache zu den Rechenschaftsberichten bedankte sich Dirk Peddinghaus in Vertretung aller, die ihn beim Bundestagswahlkampf unterstützt haben, beim Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel mit einer Flasche Rotwein.

Einen weiteren großen Raum nahmen die Beratungen zu den vielen eingereichten Anträgen aus der Basis ein. Der Kreisparteitag lehnte mit knapper Mehrheit die Einrichtung einer Pflegekammer in S-H ab.

Ralf Wrobel verabschiedete die ausgeschiedenen Beisitzer Jan Torben Book und Thorsten Schacht, die sich nicht mehr zur Wiederwahl gestellt hatten und bei der Beisitzerin Erika Wolletz. Als Dank für ihren Einsatz im Kreisvorstand werden die Ausgeschiedenen zu einem Essen eingeladen.

*Anne Marxen*

---

## **Wahl des SPD Kreisvorstandes SL-FL auf dem Kreisparteitag am 5. Juli 2014 in Schafflund**

Kreisvorsitzender Ralf Wrobel (Brebek), einstimmige Wiederwahl mit 67 Ja-Stimmen

1.stellv. Kreisvorsitzende Birte Pauls (Schleswig), Wiederwahl mit 47 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

2.stellv. Kreisvorsitzender Karsten Stühmer (Schaalby), Wiederwahl mit 60 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

Schriftführerin Hanna Hansen (Treia), einstimmige Wiederwahl mit 66 Ja-Stimmen

Kassierer Ingo Obst (Freienwill), Wiederwahl mit 62 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Beisitzerin für Pressearbeit Anne Marxen (Steinfeld), Wiederwahl mit 58 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Beisitzer für Internetarbeit Andreas Pauls (Stapelholm), Wiederwahl mit 56 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

### **Weitere Beisitzerinnen und Beisitzer:**

Holger Groteguth (Schleswig), Wiederwahl mit 54 Ja-Stimmen

Bente Reimer (Gelting), Wiederwahl mit 54 Ja-Stimmen

Rotraud Rasch (Fahrdorf), Wiederwahl mit 53 Ja-Stimmen

Marina Hansen (Steinberg), Wiederwahl mit 49 Ja-Stimmen

# SPD KV-INTERN

André Hense (Handewitt), neugewählter Beisitzer mit 48 Stimmen

Tom Landfester (Busdorf), Wiederwahl mit 41 Ja-Stimmen

Immo Degner (Schleswig), neugewählter Beisitzer mit 41 Ja-Stimmen

Arne Bockmeyer (Kropp), neugewählter Beisitzer mit 35 Ja-Stimmen

## Wahl der 15 Delegierten für den Landesparteitag

1. Ralf Wrobel mit 62 Stimmen
2. Dirk Peddinghaus mit 53 Stimmen
3. Bente Reimer mit 51 Stimmen
4. Anne Marxen mit 50 Stimmen
5. Holger Groteguth mit 43 Stimmen
6. Birte Pauls mit 43 Stimmen
7. Karsten Stühmer mit 42 Stimmen
8. Immo Degner mit 38 Stimmen
9. Jan Torben Book mit 34 Stimmen
10. Ingo Degner mit 32 Stimmen
11. Ingo Obst mit 29 Stimmen
12. Marina Hansen mit 28 Stimmen
13. Rotraud Rasch mit 28 Stimmen
14. Jens Maßlo mit 26 Stimmen
15. Antje Schümann mit 26 Stimmen
16. Fabian Parohl mit 26 Stimmen

## Ersatzdelegierte

Bettina Koch mit 24 Stimmen  
 Andreas Pauls mit 24 Stimmen  
 Katja Kehrer mit 20 Stimmen  
 Thorsten Schacht mit 16 Stimmen  
 Helmut Friedrich mit 14 Stimmen  
 Hans-Christian Koch mit 7 Stimmen  
 Clemens Teschendorf mit 14 Stimmen  
 Dirk Dmoch mit 3 Stimmen

## Angenommene Anträge SPD-Kreisparteitag am 5. Juli 2014 in Schafflund

A 1 – Situation Ansiedlung von Firmen entlang der BAB A 7

- Materialantrag an den Kreisvorstand zur Erarbeitung eines Antrags für den nächsten Landesparteitag

B 1 – Zukünftige Lehrerausbildung und Stärkung der Universität Flensburg

- Der Antrag wurde angenommen und wird an die Landesregierung weitergereicht

B 2 – Kinder haben ein Recht auf gute Bildung (100%ige Unterrichtsversorgung)

- Der Antrag wurde angenommen und wird an die SPD Landtagsfraktion, den SPD-Landesvorstand und an die Landesregierung weitergeleitet

EU 2 – Ablehnung des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU TTIP, TISA und andere

- Der Antrag wurde mit Ergänzungen und Änderungen angenommen und an den SPD-Parteivorstand, an die SPD-Bundestagsfraktion und an die SPD Abgeordneten im EU-Parlament weitergereicht

F 1 – Gesetzliche Begrenzung des Dispozinses

- Der Antrag wurde angenommen und wird an alle SPD-Ebenen weitergereicht

M 1 – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, keine Ausnahmen beim Mindestlohn

- Der Antrag wurde angenommen und wird an den Landesparteitag und Bundesparteitag weitergereicht

Neu 1 – Neumitgliederkonzept für den SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

- Der Antrag wurde angenommen und der Kreisverband wird beauftragt, ein Neumitgliederkonzept zu entwickeln

Antrag P 1 – Ablehnung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein

# SPD KV-INTERN

- Der erste Absatz ist durch Annahmen des Antrages P 5 erledigt und der Kreisvorstand wird beauftragt, einen Antrag für den Landesparteitag zur Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege zu erarbeiten

Antrag P 2 – Ablehnung einer Pflegekammer

- Der Kreisvorstand wurde aufgefordert, einen Antrag hinsichtlich Personalausstattung, Pflegeausbildung und Bürgerversicherung in der Pflege für den Landesparteitag zu erarbeiten

Antrag P 5 – Ablehnung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein

- Der Antrag wurde angenommen mit einigen redaktionellen Änderungen und wird an die SPD-Fraktion im Kieler Landtag, dem SPD-Landesvorstand und an den Landesparteitag weitergeleitet.

Initiativantrag – Ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking

-Der Antrag wurde einstimmig angenommen und an die SPD-Bundestagsfraktion und an den SPD-Parteivorstand weitergeleitet

---

## Konstituierende Sitzung des Kreisvorstandes am 7. Juli 2014

Auf der konstituierenden Sitzung des Kreisvorstandes wurden unter anderen Themen die Aufgabenverteilungen, Arbeitsgruppen und Ortsvereinsbetreuungen behandelt.

Wir möchten euch diese zur Kenntnis geben.

## Arbeitsgruppen

### AG Neumitgliedertreffen, Mitgliederbetreuung, Mitgliederwerbung

Immo Degner (Sprecher), Hanna Hansen, Marina Hansen, Tom Landfester und Ralf Wrobel

### AG Kreisparteitage und Veranstaltungen

Anne Marxen (Sprecherin), Ingo Obst und Rotraud Rasch

### KV-Intern

Anne Marxen (verantwortlich), Ingo Obst und Karsten Stühmer (Layout)

### AG Ortsvereine und Zusammenschlüsse

Ralf Wrobel (Sprecher), Immo Degner, André Hense, Marina Hansen, Tom Landfester, Anne Marxen, Rotraud Rasch, Gerhard Schulz

### AG Termine und Terminkalender

Karsten Stühmer (Sprecher) und Gerhard Schulz

### Antrags-Controlling

Anne Marxen (Sprecherin), Arne Bockmeyer, Hanna Hansen und Bente Reimer

### Vorbereitung Klausurtagung

Holger Groteguth (Sprecher), Andreas Pauls und Birte Pauls

## Arbeitsbereiche Kreisvorstand

**Parteibüro:** Karsten Stühmer

**Kasse:** Ingo Obst

**Pressearbeit:** Anne Marxen

**Innerparteiliche Bildung:** Immo Degner und Tom Landfester

**Internet:** Andreas Pauls

**Arbeitnehmerpolitik:** Bente Reimer, Tom Landfester und André Hense

**Öffentlicher Dienst:** Ralf Wrobel und Arne Bockmeyer

# SPD KV-INTERN

**Gewerkschaften:** Holger Groteguth und Anne Marxen

**Wirtschafts- und Finanzpolitik:** Karsten Stühmer und Ingo Obst

**Sicherheitspolitik:** Ingo Obst

**Gesundheitspolitik:** Rotraud Rasch

**Familienpolitik und Kinder/Jugendliche:** Hanna Hansen

**Schul- und Kulturpolitik:** Marina Hansen und Karsten Stühmer

**Hochschulpolitik:** Immo Degner und Ralf Wrobel

**Rechtsextremismus:** Anne Marxen und Tom Landfester

**Gleichstellungspolitik:** Anne Marxen und Rotraud Rasch

**Seniorenpolitik:** Holger Groteguth

**Verkehrspolitik:** Tom Landfester und Ralf Wrobel

**Brand- und Katastrophenpolitik:** Andreas Pauls

**Grenzüberschreitende Fragen/Dänemark:** Birte Pauls

**Ländliche Räume und Tourismus:** Bente Reimer und Marina Hansen

**Landwirtschaft:** Ralf Wrobel

**Umwelt:** Anne Marxen

**Europa:** Birte Pauls

**Soziales:** Hanna Hansen und André Hense

**Verbraucherschutz:** Ralf Wrobel und Marina Hansen

**Justiz:** André Hense

Ortsvereine Harrislee, Handewitt, Großenwiehe-Lindewitt, östliche Karrharde und Schafflund.

**Ingo Obst**, Freienwill, Tel. 04602-96636, E-Mail [ingo.obst.freienwill@t-online.de](mailto:ingo.obst.freienwill@t-online.de)  
Ortsvereine Glücksburg, Sieverstedt, Tarp, Großsolt-Freienwill, Hürup, Husby, und Maasbüll.

**Hanna Hansen**, Treia, Tel. 04626-1341, E-Mail [hansen-treia@t-online.de](mailto:hansen-treia@t-online.de) und **Tom Landfester**, Busdorf, Tel. 04621-37386, E-Mail [familie.landfester@t-online.de](mailto:familie.landfester@t-online.de)  
Ortsvereine Eggebek, Jerrishoe, Langstedt, Wanderup und Jübek, Schuby, Silberstedt und Treia.

**Marina Hansen**, Steinberg, Tel. 04632-7413, E-Mail [mari.na81@gmx.de](mailto:mari.na81@gmx.de)  
Ortsvereine Dollerup-Westerholz, Grundhof, Langballig, Munkbrarup und Wees.

**Ralf Wrobel**, Brebel, Tel. 04641-2709, E-Mail Ortsvereine [wrobel-brebel@t-online.de](mailto:wrobel-brebel@t-online.de)  
Ortsvereine Mittelangeln und Sörup.

**Bente Reimer**, Gelting, Tel. 04643-189981, E-Mail [bente.reimer@t-online.de](mailto:bente.reimer@t-online.de)  
Ortsvereine Gelting, Hasselberg, Maasholm, Pommerby, Rabel, Steinbergkirche und Sterup-Esgrus.

**Birte Pauls**, Schleswig, Tel. 04621-200746, E-Mail [birte-pauls@versanet.de](mailto:birte-pauls@versanet.de)  
Ortsvereine Kappeln und Kappeln-Land.

**Anneliese Marxen**, Steinfeld, tel. 04641-9879107, E-Mail [anne.marxen@t-online.de](mailto:anne.marxen@t-online.de)  
Ortsvereine Mohrkirch, Norderbrarup, Steinfeld-Ulsnis mit Stützpunkt Boren, Süderbrarup und Wagersrott.

## Ortsvereinsbetreuung

Im Kreis Schleswig-Flensburg gibt es 59 Ortsvereine. Die Betreuung der Ortsvereine werden jeweils von den 15 Kreisvorstandsmitgliedern übernommen. Für die Unterstützung und Informationen stehen für euch bereit:

**André Hense**, Handewitt, Tel. 04630-969203, E-Mail [hense.andre@t-online.de](mailto:hense.andre@t-online.de)

# SPD KV-INTERN

---

**Karsten Stühmer**, Schaalby, Tel. 04622-180946, E-Mail [info@karstenstuehmer.de](mailto:info@karstenstuehmer.de)  
Ortsvereine Böklund, Neuberend, Nübel, Schaalby, Stolk, Struxdorf, Taarstedt und Tolke.

**Immo Degner**, Schleswig, Tel. 04621-33418, E-Mail [immo@degner-schleswig.de](mailto:immo@degner-schleswig.de) und **Holger Groteguth**, Schleswig, Tel. 04621-28203, E-Mail [holgergroteguth@foni.net](mailto:holgergroteguth@foni.net)  
Ortsverein Schleswig.

**Rotraud Rasch**, Fahrdorf, Tel. 04621-302914, E-Mail [rotraud.rasch@t-online.de](mailto:rotraud.rasch@t-online.de)  
Ortsvereine Borgwedel, Busdorf, Dannewerk und Fahrdorf.

**Arne Bockmeyer**, Kropp, Tel. 04624-432829, [arne72@gmx.de](mailto:arne72@gmx.de) und **Andreas Pauls**, Norderstapel, Tel. 04883-615, E-Mail [andreas.pauls@gmx.de](mailto:andreas.pauls@gmx.de)  
Ortsvereine Bergenhusen, Erfde, Kropp, Stapel und Wohlde.

---

## **Mehr Personal für die Schulen auch in Schleswig Flensburg Mehr Plattdeutsch in den Schulen Mehr Beratung in Sachen Pflege**

Der Landtag in Kiel hat im Juli den Nachtragshaushalt beschlossen, der mehr Ressourcen für die Schulen zur Verfügung stellt. Auch die Schulen im Kreis Schleswig-Flensburg profitieren davon. Mehr Lehrer gibt es für Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, neu geschaffene Schulassistenten für die Grundschulen.

Möglich wurde das durch die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund. In Schleswig-Holstein werden damit jährlich rund 37 Millionen Euro frei, die komplett

in Bildung investiert werden sollen. In vier Schritten wird die Unterrichtsversorgung an den Schulen um insgesamt 728 Stellen verbessert. 228 Stellen bereits zum 1. August 2014.

Für unseren Kreis bedeutet das 14,99 Stellen:

3,24 für die Gymnasien

10,75 für die Gemeinschaftsschulen ohne gymnasiale Oberstufe

1 für Gemeinschaftsschule mit Oberstufe

Ein Wehrmutstropfen ist allerdings, dass der Bund sich nicht schon etwas früher so entschieden hat. Wir hätten den Schulen diese Stellen gerne deutlich vor den Sommerferien zusichern können.

Ein zweiter Schwerpunkt wird die Schaffung neuer Schulassistenten an den Schulen.

Die Inklusion gehört zu den großen Herausforderungen der Bildungspolitik. Von 300.000 Kindern an Regelschulen haben ca. 16.000 ein Handicap. Um die Schulen zu entlasten, wollen wir zusätzliche Schulassistenten finanzieren.

Ab dem Jahr 2015 werden zunächst 314 solcher Stellen bei den kommunalen Schulträgern finanziert. Losgehen soll es mit den Grundschulen. Da nicht alles Vollzeitstellen sein werden, werde sich die Zahl der Schulassistenten vermutlich noch vergrößern.

Aufgestockt werden außerdem die Mittel des Vertretungsfonds, um die Unterrichtsversorgung an allen Schulen zu verbessern. Das sehe ich aber nur als die zweitbeste Lösung an. In erster Linie muss es uns um reguläre, unbefristete Stellen für die Schulen gehen. Mir ist klar, dass wir uns über Vertretungsmittel hinaus auch um die Verbesserung der Situation an den beruflichen Schulen kümmern müssen.

## SPD KV-INTERN

Natürlich ist das immer noch nicht ausreichend, das ist uns sehr bewusst, aber Schleswig-Holstein ist nach wie vor Konsolidierungsland und es ist so ein großer Schritt in die richtige Richtung. Auch in den nächsten Jahren werde sich die Schüler-Lehrer-Relation schrittweise verbessern. Wir werden 2017 rund 31.000 Schülerinnen und Schüler weniger in allgemeinbildenden Schulen haben. Das sind 10,6 % weniger als 2012. Bei den Lehrkräften werden es nach unseren Planungen allerdings lediglich 2,9 % weniger sein. Also: 10,6 % weniger Schüler und nur 2,9 % weniger Lehrer. Zum Vergleich: Schwarz-Gelb wollte im gleichen Zeitraum mit 9,4 % der Lehrerstellen etwa dreimal so viel abbauen. Während die Regierung Albig 644 Lehrerstellen abbauen muss,

wollte das Kabinett Carstensen im gleichen Zeitraum 2.125 Lehrerstellen streichen; also 1.481 Vollzeitstellen mehr. Aber daran mag sich anscheinend von der Opposition niemand mehr dran erinnern...



### **Auch in Sachen Sprachenpolitik gibt es etwas Neues:**

Zum neuen Schuljahr 14/15 startet erstmals an 27 Grundschulen des Landes ein freiwilliges Niederdeutsch- Angebot. Die Schülerinnen und Schüler des ersten Jahrganges dieser Schulen werden zukünftig pro Woche zwei zusätzliche Unterrichtsstunden erhalten. Bis zum Schuljahr 2017/18 wird es dann in allen Jahrgängen dieser Schulen Niederdeutsch-Unterricht geben.

44 Schulen hatten sich beworben und es freut mich sehr, dass 4 Schulen aus dem Kreis Schleswig – Flensburg dabei sind:

die Auenwaldschule in Böklund, die Knüttel Antonius Schule in Mohrkirch, die Georg-Asmussen Schule in Gelting und die Zentralschule in Harrislee.

Nun gibt es natürlich Kritiker die behaupten, man hätte diese zusätzlichen Stunden lieber in Mathematik oder andere Fächer investieren sollen.

Als Vorsitzende der AG Bildung des Beirates für Niederdeutsch finde ich, dass wir den Erhalt des Niederdeutschen aktiv fördern müssen. Immer weniger Familien sprechen zu Hause Niederdeutsch. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber der europäischen Sprachcharta, da nutzen schöne Sonntagsreden herzlich wenig, sondern wir haben jetzt ein Angebot geschaffen, dass diesen Verpflichtungen gerecht wird. Das ist ein guter Beitrag zum Erhalt der Sprachenvielfalt in unserem Land. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Regional – und Minderheitensprachen wie in SH. Darauf können wir stolz sein, aber wir müssen auch etwas dafür tun, dass es so bleibt.

### **Wachsender Bedarf an unabhängiger Beratung**

Der SPD Kreispartei tag hat im Juli beschlossen, dass wir uns für die Einrichtung eines trägerunabhängigen Pflegestützpunktes im Kreis Schleswig-Flensburg einsetzen werden.

Die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf steigt kontinuierlich. Heute leben ca. 2,3 Mio. Menschen mit Pflegebedarf in Deutschland. Davon wohnen ca. 85.000 Personen in Schleswig-Holstein. Für die nächsten 10 Jahre wird ein bundesweiter Anstieg auf 2,9 Mio. pflegebedürftiger Menschen, in Schleswig Holstein auf über 100 000, erwartet. Für das Jahr 2050 wer-



## SPD KV-INTERN

---

den ca. 4,4 Mio. pflegebedürftige Menschen prognostiziert. Die Anzahl der über 80jährigen wird sich verdoppeln. Das gilt auch für den Kreis Schleswig Flensburg. Viele ältere Menschen und ihre Angehörigen sind besonders in akut entstehenden Situationen mit der Versorgung und Pflege überfordert. Sie kennen ihre Rechte nicht, wissen nicht welche Möglichkeiten der fachlichen, materiellen, finanziellen und professionellen Unterstützung sie haben. Häufig kommt eine Angst vor Behörden hinzu. Die verpflichtende Beratung durch die Kassen erfolgt zum Teil eher „zurückhaltend“. Die Einrichtungen selber beraten sehr gut und kompetent, aber dann sind die betroffenen Menschen ja quasi schon irgendwo „angekommen“ Ein zeitraubender Vergleich ist oftmals in belastenden und akuten Situationen gar nicht möglich.

Die trägerunabhängigen Pflegestützpunkte leisten hier hervorragende Arbeit. Sie beraten individuell, kennen die örtlichen und fachlichen Angebote, begleiten Anträge und sind wirtschaftlich unabhängig von Pflegeeinrichtungen. Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis SL - FL lassen sich schon jetzt bei den Pflegestützpunkten in Flensburg oder Husum beraten. Wir möchten den Menschen mit Pflegebedarf und ihren Angehörigen aus dem Kreisgebiet ebenfalls die Möglichkeit geben, sich vor Ort unabhängig beraten zu lassen. Idealerweise sollte ein Pflegestützpunkt dort eingerichtet werden, wo die Bürgerinnen und Bürger leichten Zugang haben, z.B. im Eingangsbereich des Krankenhauses, bei anderen bestehenden Beratungsstellen oder auch einfach in der Ladenstraße. Sprechstunden müssen in einen Flächenkreis wie Schleswig – Flensburg natürlich auch dezentral angeboten werden.

2008 ist ein entsprechendes Bundesgesetz verabschiedet worden, das die Einrichtung

der trägerunabhängigen Pflegestützpunkte flächendeckend vorsieht. Das Land hat dieses Gesetz übernommen, den Kreisen aber eine Freiwilligkeit zur Einrichtung eingeräumt.

Mittlerweile fehlen in Schleswig Holstein nur noch in 3 Kreisen die Pflegestützpunkte, Storman, Steinburg und eben Schleswig - Flensburg.

Finanzielle Grundlage ist eine Drittelfinanzierung von Kreis, - Krankenkassen und Land.

Die Landesförderung für den laufenden Betrieb der Pflegestützpunkte beträgt derzeit bis zu 61.653 € jährlich je Pflegestützpunkt. Haushaltsmittel stehen für 15 Pflegestützpunkte zur Verfügung. Neu sind die in den Landeshaushalt 2014 eingebrachten Verpflichtungsermächtigungen, die die Landesförderung der Pflegestützpunkte für die Jahre 2015 bis 2019 sichern und damit den Kreisen und kreisfreien Städten Planungssicherheit geben.

Außerdem stehen neu auch Landesmittel für die Anschubfinanzierung, d. h. für die Errichtung von Pflegestützpunkten in den 3 „weißen Kreisen“, zur Verfügung (bis zu jeweils 8.400 €).

Als Pflegepolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion kenne ich die gute Arbeit und die Vorteile der Pflegestützpunkte im Land. Kein Kreis, der einen Pflegestützpunkt hat, möchte auf dieses Angebot wieder verzichten. Es freut es mich sehr, dass der Kreisparteitag dem Antrag des OV Schleswig zugestimmt hat, denn auch die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Schleswig - Flensburg haben ein Recht auf gute Beratung.

**Gerne komme ich zu euch in die Ortsvereine und Arbeitsgruppen um diese und andere Themen mit euch zu diskutieren.**

*Eure Birte Pauls, MdL*

# SPD KV-INTERN

## Zur Optionsausübung im „Modell ZKT“ (zugelassener Kommunalträger) versus „Modell GE“ (Gemeinsame Einrichtung)

Zur Geschichte:

Im Jahr 2004 haben wir im Kreistag einstimmig beschlossen, dass der Kreis sich um die alleinige Zuständigkeit u.a. für die Langzeitarbeitslosen bewirbt. Die damalige Bundesregierung hat dann aus einer Vielzahl von kommunalen Bewerbern 77 Kreise ausgewählt, in Schleswig-Holstein waren es – neben unserem Kreis – auch der Kreis Nordfriesland. Der Kreis Nordfriesland hatte aber erheblich bessere „Startbedingungen“, da dieser eine sog. „Sozialraumbewirtschaftung“ schon eingeführt hatte, d.h. die Sozialämter der Städte und Ämter waren schon zentralisiert.

Auch hat sich der Kreis NF seine neuen Tätigkeiten für den kreisangehörigen Raum durch eine Erhöhung der Kreisumlage bezahlen lassen und konnte so von Beginn an mit einer größeren Zahl an Beschäftigten seine Aufgaben erfüllen.

# Jobcenter

## Schleswig-Flensburg

Der damalige Landrathat leider die Chancen, die die Optionsausübung beinhalten, nicht erkannt, zumindest dieses Arbeitsfeld nicht als „Chefsache“ gesehen.

Nach dem Landratswechsel hat Landrat von Gerlach versucht, durch Mitarbeiterveränderungen in der Führungsspitze die im Vergleich zu anderen Kreisen schlechten Ergebnisse zu verändern. Wenn man aber einen kritischen Summenstrich zieht, muss man doch zugeben, dass es dem Kreis als Optionskommune nicht gelungen ist, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften erheblich zu verrin-

gen, also die betroffenen Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu bringen,

Mit unserem neuen Landrat Dr. Buschmann als Leiter der Verwaltung wurde sofort nach Amtsantritt an einem neuen Konzept gearbeitet und eine neue Leitungsstruktur mit neuen Spitzenkräften installiert.



Im Herbst letzten Jahres haben die Fraktionen von SPD, SSW und Grünen sich über das Konzept informiert und darauf verständigt, dass die Verwaltung mit ihrer neuen Führungsspitze im Fachdienst Integration eine „letzte Chance“ bis zum Ende des Jahres 2015 bekommen sollte, sonst würden wir überlegen ob man die Probleme nicht doch gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit bewältigen sollte. Dieser Weg wurde kurz vor Weihnachten letzten Jahres von den Spitzen aller Fraktionen des Kreistages in einer Sitzung mit dem Landrat abgestimmt.

**Im Frühjahr diesen Jahres gilt die Absprache nicht mehr.**

Die Bundesagentur für Arbeit bietet dem Kreis, nachdem es Gespräche zwischen der CDU auf Landesebene und Kreisebene gegeben hat, an, eine gemeinsame Einrichtung (GE) zu gründen und erklärt, dass diese Entscheidung durch den Kreis noch im Jahr 2014 getroffen werden muss.

Beide Modelle haben vor- und Nachteile:

# SPD KV-INTERN

	Modell ZKT	Modell GE
Vorteile und Chancen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Hohe Beratungskompetenz</b></li> <li>▪ <b>Engagiertes (neues) Führungsteam</b></li> <li>▪ <b>Veränderungsmotivation vieler Mitarbeiter</b></li> <li>▪ <b>Veränderungsvorbild „FB 6“ für die die ganze Kreisverwaltung</b></li> <li>▪ <b>Reduzierung Bedarfsgemeinschaften und Kostensenkung</b> KdU kann unmittelbar verfolgt werden, und ist zahlenmäßig benannt = 13 pro Monat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Hohe SGB III-Kompetenz, Erfahrung, Unterstützung, Hintergrund der BA</b></li> <li>▪ <b>Verantwortungsbefreiung – Fokussierungschance der Kreisverwaltung auf die übrigen Baustellen und Anpassungsbedarfe</b></li> <li>▪ <b>Verantwortungsbefreiung auch in der öffentlichen Diskussion</b></li> <li>▪ <b>Möglichkeit der Aufgaben-Rückdelegation an die Gemeinden Sozialämter zurück = ohne Kosten-erstattung, da 2005 nichts dafür bekommen!!</b></li> </ul>
Nachteile und Risiken		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>„Gemeinsame Einrichtung“ – andere entscheiden mit – Einfluss Kreis?</b></li> <li>▪ <b>Risiken Herauslösen ¼ der Kreismitarbeiter</b></li> <li>▪ <b>Kostenrisiken KdU im Kreis bleiben bestehen</b></li> <li>▪ <b>Politik hat kein Vertrauen in die eigene Gestaltungskraft und die der Verwaltung</b></li> </ul>

Während SSP, SSW und Grüne immer noch die Meinung vertreten, die Ergebnisse der Arbeit im Jahr 2015 abzuwarten, weil nur so die erheblichen Neueinstellungen und der erhebliche Aufstockung der Sachmittel sich auch in verbesserten Vermittlungszahlen zeigen kann, will die Koalition von CDU, Wählergemeinschaft und Linke schon im Oktober 2014 eine Entscheidung treffen, denn der von dieser Gruppe durchgesetzte Kreistagsbeschluss lautet: Bis zum 1. Oktober 2014 soll ein Vertragsentwurf mit der BA vorgelegt werden.

Gegenwärtig arbeitet die Verwaltung also an zwei Baustellen:

- a) Auswahl und Einstellung von weiteren Führungskräften und aktiven Arbeitsvermittlern,
- b) Erarbeitung mit der BA an einem entscheidungsreifen „Übernahmeangebot“.

Für die SPD-Kreistagsfraktion ist es völlig unverständlich, warum die CDU im Schulterchluss mit der BA eine solche Eile in die Entscheidung bringt. Wo ist der Sinn, weitere acht Führungskräfte einzustellen, erhebliche Fortbildungs- und Gutachterkosten bereit zu stellen, um dann ein, zwei Monate später zu sagen, „wir begeben uns in die Hände der BA“.

Klar ist für uns auch: Unser Tun richtet sich komplett auf die Verbesserung der Situation der Bedarfsgemeinschaften im Kreis. Diesen Menschen müssen Angebote zu Arbeit oder zur Fortbildung bekommen. Wir dürfen aber auch die Kreisbeschäftigten, die diese Arbeiten zu organisieren und durchzuführen haben, nicht demotivieren. Auch die CDU-Kreistagsabgeordneten sollten – genauso wie ihre Unterstützer von den Linken und den Wählergemeinschaften – Vertrauen in die eigene Gestaltungskraft und in die eigene Verwaltung haben.

# SPD KV-INTERN

Für die SPD-Kreistagsfraktion steht fest: Wir wollen dem Landrat und der Verwaltung die Zeit geben, den Umschwung zu schaffen!

*Ingo Degner, Fraktionsvorsitzender*

## Zum gegenwärtigen Streit um die Rettungswachen im Kreis SL-FL

Zur Geschichte:

Innerhalb von einer Hilfsfrist von 12 Minuten sollte jedem Bürger im Kreis ein Rettungswagen zur Verfügung stehen. Die Kosten werden hierfür zum großen Teil von den Krankenkassen getragen. Der Kreis ist gesetzlich Träger des Rettungsdienstes. Mit der Durchführung ist das Rote Kreuz 1978 beauftragt worden. Dies ist bis heute so. (Ausnahmen Feuerwehr Steinbergkirche (Geltinger Bucht) und die Johanniter Unfallhilfe mit der Besetzung eines RTW in der RW Schleswig. Sachstand heute;

Im Jahr 2012 sind die Hilfsfristen durch unabhängige Gutachter nachgemessen worden, um festzustellen, ob die Rettungsmittelvorhaltung noch angemessen sind.

Das Ergebnis war: Bestimmte Ortslagen von Lottorf, Geltorf, Selk, Fahrdorf, Selk und Stexwig können nicht in dieser Frist erreicht werden. Daher muss, nachdem auch die Krankenkassen zugestimmt haben, ein neuer Nebenwachenstandort eingerichtet werden. Hier fehlen mindestens 40 Rettungsmittelwochenstunden (RMWSt).

Der zweite Standort ist Eggebek. Hier ist eine Differenz von mindestens 120 RMWST festgestellt worden. Hier ist eine neue Wache zwischenzeitlich errichtet.

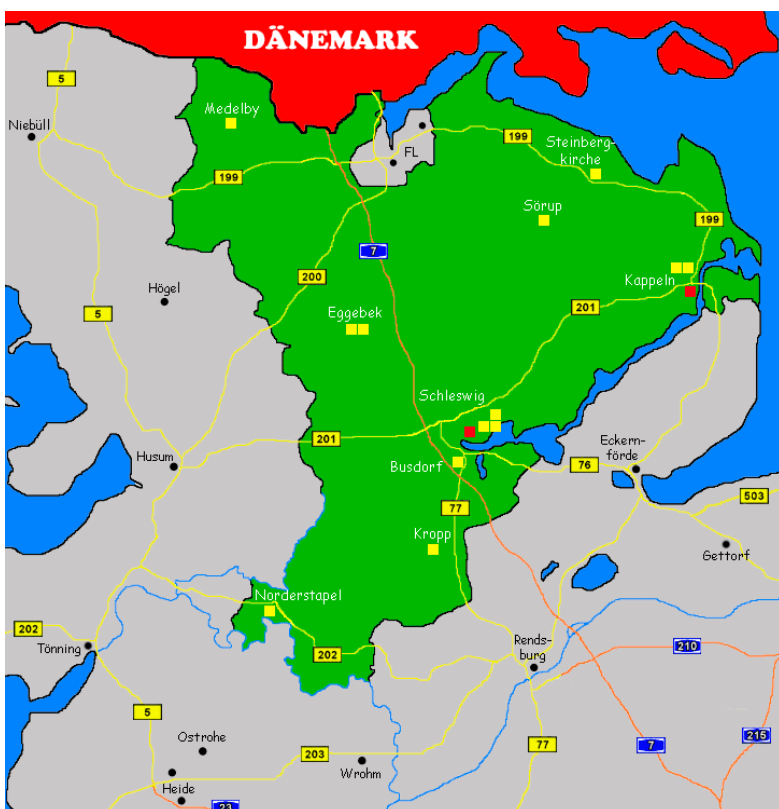
Am Standort Busdorf gab es auch eine große Mehrheit im Kreistag, die aber 14 Tage nach dem Beschluss von der CDU, FDP, FW und dem linken Kreistagsabgeordneten ausgesetzt worden ist, weil ihnen der Standort, Bauhof des Amtes Haddeby, nicht mehr gefällt.

Bessere Standorte nur sind nur theoretisch vorstellbar, real aber nicht verfügbar; besonders der Vertreter Linken „drehte auf dem Teller“ und hat die Verwaltung mit Anfragen und Erklärungswünsche geradezu bombardiert. Den örtlichen Amtsvorsteher Ralf Feddersen, der hauptamtlich als Mitarbeiter des Kreises verwaltungsseitig zuständig ist, geht die o.a. „Ko-„Koalition“ mit Unterstellungen an. Als wenn dieser Mitarbeiter irgendeinen persönlichen Vorteil von irgendeinem Standort hätte!!

Seit diesem Monat gibt es nun endlich einen Probebetrieb vom Bauhof in Busdorf aus. 1,5 Jahre Verzögerung nehmen die CDU und der Linke wissentlich in Kauf, da die Hilfsfristen erheblich überschritten werden können, ein Skandal, der bisher öffentlich nicht diskutiert wurde

Das zweite Problem im Zusammenhang mit den Rettungswachen stellt sich wie folgt dar:

Rettungsdienstliche Beauftragungen, wie bei uns im Kreis SL-FL, unterliegen dem Vergaberecht, zumal das Land Schleswig-



# SPD KV-INTERN

Holstein zu den sogenannten Submissionsländern gehört.

Der Schwellenwert für Ausschreibungen in Deutschland, nicht EU-Ausschreibungen, liegt bei 200.000,-€.

Der Umfang der Nachbemessung liegt bei ca. 500.000,-€ pro Jahr; bei einer Vergabe von mehr als 48 Monaten beträgt der Vertragswert rd. 2.000.000,-€.

Die Ein-Stimmen-Mehrheit im Kreistag von CDU bis Linke hat die freihändige Vergabe an das Rote Kreuz beschlossen. Übrigens: Sonst schreien die CDU und die FDP nach Ausschreibung, beim Roten Kreuz aber nicht. Der Linke will, wenn man seine Veröffentlichungen liest, kommunalisieren, wo dies möglich ist. In Koalition mit der CDU im Kreistag SL-FL will der Linke und die BfB privatisieren! Das verstehe, wer will!!

Der Kreistagsbeschluss wird z.Zt. der Kreis vor Gericht durch ein Tochterunternehmen des Falk-Konzerns beklagt.

Dabei hätte man über den Weg einer Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) einen rechtssicheren Weg gehabt, der zum einen den erfahrenen, ortskundigen Rettungssanitätern des Roten Kreuzes den Arbeitsplatz sichern würde und zum anderen in der Durchführung – die ja im Kreis hervorragend klappt – wenig Veränderung nach sich ziehen würde. Lediglich im „overhead“ würde das Rote Kreuz einige Mitarbeiter abgeben müssen (und das ist wohl auch das wahre Problem). Jetzt bleibt abzuwarten, wie das Gericht entscheidet. Möglicherweise wird am Ende nicht nur die beiden neuen Rettungswachen in einer AöR organisiert, sondern der Rettungsdienst wird komplett wieder beim Kreis liegen. Die CDU-Kreistagsfraktion hätte dann dem Roten Kreuz einen „Bären-Dienst“ erwiesen.

*Ingo Degner, Fraktionsvorsitzender*

## **Schulkostenbeiträge für die Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Behinderung**

Seit Dezember 2012 vertritt das Bildungsministerium die Auffassung, dass die Kreise - ebenso wie alle anderen kommunalen Schulträger - auch einen Anspruch auf Schulkostenbeiträge für die Schülerinnen und Schüler von Förderzentren mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung haben.

Für die Grundschulen, Gemeinschafts- und Regionalschulen und Gymnasien werden die Schulkostenbeiträge durch die Städte, Gemeinden oder Schulverbände eingezogen. Die Kreise machen dies für ihre Berufsbildungszentren und das Land für die Landesförderzentren – nur der Kreis für „seine“ Peter-Härtling-Schule in SL, die Schule am Markt in Süderbrarup und die Friholtschule (im Schulverband mit FL) soll diese nicht dürfen? Wo ist da die Logik?

Häufig höre ich von Bürgermeistern aus unserem Kreis: die Förderzentren G „stehen doch schmuck und ordentlich gepflegt da, auch ohne Schulkostenbeitrag“.

Natürlich stehen die FZen G „schmuck“ da. Es wäre ja noch schöner, wenn der Kreistag die sowieso schon besonders belasteten Kinder und Jugendlichen als Schulträger nicht ausreichend fördern würde – wir haben uns immer angestrengt, die räumlichen und sächlichen Bedingungen - wie in anderen Schulen – vorzuhalten. So z.B. jetzt gerade durch den Beschluss, 2 Klassenräume bei Peter-Härtling-Schule anzubauen.

Was z.B. der Gemeinde Kropp recht ist, wenn sie einen Schulkostenbeitrag für ihre Gemeinschaftsschule erhebt, das sollte dem Kreis SL-FL billig sein.

Es geht ungefähr um 1.200.000,-€; der Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion lautet, diese Summe durch die Kreisumlage einzunehmen, um eine mögliche Stigmati-

# SPD KV-INTERN

sierung der Betroffenen in kleinen Gemeinden zu verhindern. Dies wäre auch eine Form der Solidarität!

Der Vorstand des Gemeindetages möchte aber lieber die Spitzabrechnung.

Gegenwärtig klagt die Stadt Meldorf gegen den Kreis Dithmarschen. Wir wollen das Ergebnis dieser Musterstreitvereinbarung abwarten, um dann eine rechtssichere Entscheidung zu treffen.

*Ingo Degner, Fraktionsvorsitzender*

## Aus der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Im Bildungsbereich hat es 2014 einige bedeutende Weiterentwicklungen auf Landesebene gegeben, die von unserer Kreis-AfB begrüßt und unterstützt wurden.

### 1. Das neue Schulgesetz

Mit dem neuen Schulgesetz, das ab 1.8.2014 in Kraft getreten ist, hat Schleswig-Holstein als erstes Flächenbundesland eine **konsequente Zweigliedrigkeit** (2-Säulen) im Bereich der Sekundarstufe I, der Klassenstufen 5 bis 10. Jetzt gibt es nur noch **Gymnasien** (99) und **Gemeinschaftsschulen** (ca. 185), von denen 40 mit einer eigenen Oberstufe auch zum Abitur führen. Die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sichern durch Kooperationsvereinbarungen mit anderen Oberstufen (auch gymnasiale und berufliche) eine direkte Anschlussmöglichkeit für ihre Schülerinnen und Schüler.

Damit haben wir endlich ein Schulsystem mit zwei weitgehend gleichwertigen Schularten, in dem es gelingen sollte, alle Begabungsreserven auszuschöpfen und

die bundesweit sehr niedrige **Abiturquote** Schleswig-Holsteins deutlich zu steigern.

Durch das neue Schulsystem besteht keine Notwendigkeit mehr, in Jahrgangsstufe 4 der Grundschule eine Schulübergangsempfehlung auszusprechen, die häufig als diskriminierend empfunden wurde. Die Eltern entscheiden. Mit der **notenfreien Grundschule** wird es nun z.B. an den Gemeinschaftsschulen mit Grundschulteil endlich möglich, durchgängig von Klassenstufe 1 bis 7 ein tabellarisches Berichtszeugnis zu erteilen.

### 2. Das erste Lehrkräftebildungsgesetz in Schleswig-Holstein

Durch das neue Lehrkräftebildungsgesetz wird erstmalig in Schleswig-Holstein die Lehrerbildung den neuen Schularten angepasst. Zukünftig wird nur noch für die **vier Lehrämter** an Grundschulen, an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, an berufsbildenden Schulen und für Sonderpädagogik ausgebildet. Auch das ist fortschrittlich und sichert zukünftig den Gemeinschaftsschulen ebenso gut ausgebildete Lehrkräfte wie den Gymnasien.

Leider wurde in der öffentlichen und bildungspolitischen Diskussion nicht über die Inhalte diskutiert, sondern über Nebenschauplätze wie die vertragliche Ausgestaltung des Wechsels von Bildungsministerin Wara Wende von der Universität Flensburg in die Landesregierung. Dass die Opposition (CDU / FDP) im Landtag diese **Schmutzkampagne** gehörig befeuerte, sollte nicht verschwiegen werden. Auch die Frage, für wie viele Fächer im Sekundarstufen-Bereich in Flensburg ausgebildet

# SPD KV-INTERN

werden soll und wie teuer diese Umstellung letztendlich wird, dienten nur dazu, vom Gesetzesinhalt abzulenken und eine Anti-Stimmung zu erzeugen. Bedauerlicher Weise hat sich selbst der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (SHZ) in diese unwürdige Debatte einspannen lassen, die am Ende nur dem Image der Universität Flensburg schadete.

### 3. Die Frage der Unterrichtsversorgung

Seit April mehrten sich bei uns im Kreis Schleswig-Flensburg unter den Elternbeiräten der Gemeinschaftsschulen kritische Stimmen, die darauf hinwiesen, dass die Versorgung mit Lehrerplanstellen zum Schuljahr 2014/2015 so desaströs ausfallen würde, dass eine vernünftige Unterrichtsversorgung nicht mehr gegeben sein wird. In der Folge kam es u.a. in Satrup, Kappeln, Böklund und Tarp zu recht großen **Eltern-Demonstrationen**, über die die Presse ausführlich berichtete. Wir hatten schon im Vorfeld dieser Aktionen über die Landes-AfB auf diese Problematik hingewiesen und uns dafür eingesetzt, die wegen der Haushaltskonsolidierung notwendige Stellenstreichung (Landesverfassung) nicht über den demografisch begründeten Rückgang hinaus vorzunehmen. Mithilfe der BAFöG-Mittel, die der Bund ab 2015 übernimmt, wird es durch den Nachtragshaushalt 2014 gelingen, schon im jetzt anlaufenden Schuljahr 228 Lehrerstellen im System zu belassen.

Bis 2017 sollen insgesamt **728 Lehrerstellen** weniger abgebaut werden als ursprünglich geplant. Während die Schüler-

zahlen an den allgemein bildenden Schulen in diesem Zeitraum um 10,6% zurückgehen, werden lediglich 2,9% der Lehrerplanstellen abgebaut. Der Abbaupfad der alten CDU-FDP-Landesregierung sah vor, sogar 1481 Lehrerstellen mehr einzusparen. Ihr jetziges Eintreten für eine bessere Lehrerversorgung erscheint damit nur populistisch und wenig glaubwürdig. Mit den Entscheidungen der neuen Landesregierung verbleiben mehr als die ursprünglich eingeplanten 50% der demografischen Rendite im Schulsystem. Erfreulich ist, dass dieses Mal nicht die Eltern der Gymnasien für eine bessere Unterrichtsversorgung auf die Straße gegangen sind, sondern die Eltern der Grund- und Gemeinschaftsschulen. Sie drücken durch ihren Protest aus, dass ihnen und ihren Kindern eine gute Unterrichtsversorgung eminent wichtig ist.

### 4. Weitere Aktivitäten

#### a) Erstes AfB-Nord-Treffen

Mit den Vorständen der AfBs in Flensburg und Nordfriesland haben wir vereinbart, ein erstes gemeinsames Treffen durchzuführen. Dieses wird am 18. Oktober in Dagebüll stattfinden. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen haben wir vereinbart uns u.a. mit den folgenden Themen zu beschäftigen:

- Oberstufen an Gemeinschaftsschulen
- Inklusion
- Bildungsfinanzierungsgesetz
- Bildungsausgaben der Eltern



# SPD KV-INTERN

## b) AfB-Veranstaltung „Oberstufen an Gemeinschaftsschulen“

Im späten Herbst (24. November 2014, 16 Uhr) werden wir an der Gemeinschaftsschule Handewitt gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Oberstufen an Gemeinschaftsschulen“ durchführen. Die Handewitter Gemeinschaftsschule, die jetzt in das zweite Oberstufenjahr geht, wird von ihren Erfahrungen berichten. Außerdem wird Joachim Lohmann, der „Vater“ der Gesamtschulbewegung in Schleswig-Holstein, über die Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens referieren. Zu dieser Veranstaltung laden wir schon jetzt herzlich ein.

*Für den AfB-Kreisvorstand  
Hans-Werner Johannsen*

## Gedanken eines Alt-Genossen

Es mutet schon eigentümlich an, wenn man als „Alt Genosse“ sich Gedanken über die Arbeit einer Arbeitsgemeinschaft macht, der man selbst angehört und sich dabei zugleich fragt, warum kommen nur

so wenige zu den Mitgliederversammlungen der AG60+plus, wo doch so viele schon über 60 Jahre alt sind?

Die Arbeitsgemeinschaft AG60+ plus ist entstanden, weil Herbert Wehner zu

Recht erkannte, dass Vieles an Wissen und Erfahrung verloren geht, wenn man die Alten nicht in die Parteiorganisation einbindet.

Die Zugehörigkeit zur AG60+plus erfolgt qua Alter und bedarf keiner besonderen Mitgliedschaft innerhalb der SPD.

Die Arbeitsgemeinschaften AG60+ der Kreisverbände Schleswig-Flensburg und Flensburg haben fusioniert und seit einigen Jahren gemeinsam die Mitgliederversammlungen an wechselnden Orten mit unterschiedlichen Themen attraktiv gestalten.

Die Wissensvermittlung in gesellschaftlich wichtige Themen durch verschiedene Referenten hat sich als richtig erwiesen. Die Lebenserfahrung und das erworbene Wissen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft AG60+ plus haben abwechslungsreiche und erkenntnisreiche Versammlungen in den zurückliegenden Monaten ermöglicht. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Mitglieder in unserem Kreisverband Schleswig-Flensburg sind es noch zu wenige, die zu uns finden.

Neben dieser politischen Arbeit auf Kreisebene sind wir mit Delegierte auf der Landeskongress der AG60+ plus vertreten. Dies ist ein Forum, wo wir für uns wichtige Themen als Beschlussvorlage einbringen können.

Es wäre ein großer parteipolitischer Fehler, wenn wir Altgenossinnen und Altgenossen uns einfach zurückziehen, aus welchen Gründen auch immer.

*Hermann Jobben*  
Vorsitzender, AG60+plus

## Hinweis auf eine interessante Veranstaltung

Der Kreisparteitag hat sich mit den Themen Freihandelsabkommen TESA, TTIP, CETA und andere beschäftigt und hat sich gegen die im geheimen stattfindenden





# SPD KV-INTERN

bzw. stattgefundenen Verhandlungen ausgesprochen.

Wir möchten euch auf eine Veranstaltung zum Thema TTIP hinweisen:

Das transatlantische Freihandelsabkommen war das bestimmende Thema im Europawahlkampf. Ulrike Rodust hat versprochen, den Fachmann der deutschen SPD-Europaabgeordneten nach Schleswig-Holstein zu holen. **Bernd Lange** ist der Einladung gern nachgekommen,

**am Donnerstag, den 18. September 2014 um 19.30 Uhr**

diskutiert er gern mit allen Interessierten über das Thema

**"Transatlantische Freihandelsabkommen: Chance oder Gefahr für Europa?" im Restaurant der Holstenhallen, Justus-von-Liebig-Straße 2 - 4, 24537 Neumünster.**

**Anmeldungen bitte im Europabüro Ulrike Rodust, Tel. 0431 – 90 60 622, Fax 0431 – 90 60 641, E-Mail info@ulrike-rodust.eu**

Liebe Genossinnen und Genossen, auf dem vergangenen Kreisparteitag am 05. Juli habt ihr mich als Beisitzer in unseren Kreisvorstand gewählt. Für dieses Vertrauen möchte ich mich nochmals herzlich bedanken.

Auf seiner konstituierenden Sitzung hat mir der neue SPD Kreisvorstand die Aufgabe des Mitgliederbeauftragten übertragen. In dieser Funktion möchte ich jene Tätigkeitsfelder angehen, welche ich in meiner vorrausgegangenen Vorstellung genannt habe. Hierzu zählen die verbesserte Vernetzung der Ortsvereine mit dem

Kreisverband auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene sowie eine Konzeptionierung der Neumitgliedergewinnung.

Um diese Punkte zielführend und nachhaltig für unseren Kreisverband umzusetzen ist eine Einbeziehung von euch unabdingbar. Aus diesem Grund schwebt mir eine anfängliche

Bestandsaufnahme der hiesigen Parteistrukturen vor. Auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme kann ein Konzept zur Mitgliederbetreuung und Neumitgliederwerbung für unseren Kreisverband entworfen werden. Die im Kreisvorstand gebildete Arbeitsgruppe 'Neumitgliedertreffen' wird sich

u.a. mit dem genannten Vorhaben beschäftigen. Zusätzlich stellt das geplante Nachwuchsqualifizierungsprogramm des SPD Landesvorstandes eine Möglichkeit dar, an welcher unser Kreisverband im Sinne der Mitgliederbetreuung partizipieren kann.

Um die **Mitgliedersituation** in unserem SPD Kreisverband SL-FL sieht es mit Stand 30.06.14 wie folgt aus:

Mitglieder: 1.391 GenossenInnen (18.124 im LV)

## *Meine Person im Überblick:*

**1988:** Geburt in Schleswig

**2003:** Eintritt SPD

**2007:** Abitur am BBZ Schleswig

**2007 - 2010:**

Ausbildung zum Bankkaufmann in SL

**2010:** Tätigkeit als Bankkaufmann in SL

**2008 – 2011:**

Juso Kreisvorsitzender SL-FL

**2010 – heute:**

Studium der Wirtschaftswissenschaften und Germanistik im Profildbereich Handelslehramt an der CAU zu Kiel

**2013:**

Abschluss Bachelor of Arts (BA)

**Voraussichtlich 2015:**

Abschluss Master of Arts (MA)

**2012 – heute:**

Selbständiger Mitarbeiter IHK zu Kiel

**2012 – heute:**

Landesgeschäftsführer des Juso Landesverbandes Schleswig-Holstein

**2013 – heute:**

Geschäftsführer des Verbandes Politischer Jugend Schleswig-Holstein

**2013 – heute:**

Mitglied des Ortsvereinsvorstandes der SPD Schleswig

# SPD KV-INTERN

---

## Anteil weiblicher Mitglieder:

33,57% - 467 Personen (36,15% im LV)

## Anteil Mitglieder über 60 Jahre:

58,16% - 809 Personen (58,26% im LV)

## Anteil Mitglieder unter 35 Jahre:

6,62% - 92 Personen (8,44% im LV)

Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass wir in unserem Kreisverband etwas für die zukünftige Entwicklung unserer Partei tun

müssen. Wie Ralf auf dem Kreisparteitag angekündigt hat, wird dieses Vorhaben einen wesentlichen Teil der Arbeit des Kreisvorstandes ausmachen. Ich freue mich sehr, dass ich meinen Teil als Mitgliederbeauftragter dazu leisten darf.

Bei Fragen stehe ich euch jederzeit zur Verfügung. Mailt mich gerne an unter der Adresse ‚immo@degner-schleswig.de‘.



*Immo Degner, Mitgliederbeauftragter*

---

### **Impressum:**

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender

der SPD Schleswig-Flensburg

**Redaktion:** Anne Marxen, Thorsten Schacht  
und Karsten Stühmer

Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen  
außer Verantwortung der Redaktion.